

PLENUM 2024



In dieser Ausgabe:

THEMA DER WOCHE:

Ein dickes Paket für die Sicherheit geschnürt

MARTINA STAMM-FIBICH:

Reformen in der Gesundheit

GABRIELA HEINRICH:

Schutz, Abschreckung, Dialog und Rüstungskontrolle

JAN PLOBNER:

Ländlicher Raum: Potenziale nutzen, Zukunft gestalten

CARSTEN TRÄGER:

Wanderausstellung des Bundestages in Ansbach

Herausgeber: Der Newsletter Plenum ist ein Gemeinschaftsprojekt der Bundestagsabgeordneten Martina Stamm-Fibich, Gabriela Heinrich, Carsten Träger und Jan Plobner. Für den Inhalt sind die Mandatsträger verantwortlich. Die aktuellen Datenschutzbestimmungen finden Sie auf den jeweiligen Internetseiten der Abgeordneten. Der Newsletter enthält Links zu anderen Websites. Diese Verlinkungen sind in der Regel als solche gekennzeichnet. Die Abgeordneten haben keinen Einfluss darauf, inwieweit auf den verlinkten Webseiten die geltenden Datenschutzbestimmungen eingehalten werden.



Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Ein dickes Paket für die Sicherheit geschnürt

Leider war die Union nicht bereit, Verantwortung für einen Kompromiss zu übernehmen und hat die Gespräche verlassen. Aber die Ampel handelt auch so – für mehr Sicherheit in Deutschland.

Wir fühlen mit den Angehörigen der Opfer des Solinger Anschlags. Politisch stehen wir in der Verantwortung, aus dem Terrorangriff die Konsequenzen zu ziehen. Der Angriff von Solingen im August war aller Wahrscheinlichkeit nach islamistisch motiviert. Die Bundesregierung handelt und hat ein umfassendes Sicherheitspaket geschnürt, das wir gleich in der ersten Sitzungswoche nach der Sommerpause im Bundestag beraten haben.

Was steht drin im Paket?

Vorgesehen sind Änderungen im Bundesverfassungsschutzgesetz, im Asylgesetz, im Aufenthaltsgesetz, im Asylbewerberleistungsgesetz und im Waffengesetz. Ein paar Beispiele, was konkret geändert werden soll: Natürlich müssen wir ans Waffenrecht ran. Künftig werden weitere Behörden (Bundespolizei, BKA und Zollkriminalamt) abgefragt, wenn es darum geht, eine Waffenerlaubnis zu erteilen oder entziehen. Bei Volksfesten, Sportevents und vielen sonstigen Veranstaltungen wird es ein absolutes Messerverbot geben. Das gleiche gilt für Busse und Bahnen. Die Länder bekommen erweiterte Kontrollbefugnisse. Gefährliche Springmesser werden



Mit einem großen Maßnahmenpaket will die Bundesregierung für mehr Sicherheit in Deutschland sorgen. Auch die Ausweisung von Straftätern soll deutlich erleichtert werden.

generell verboten. Aber natürlich können diese Verbote nicht alle Risiken verschwinden lassen.

Die Ausweisung von Straftätern soll deshalb deutlich erleichtert werden. Zudem sollen Asylbewerber_innen keine Schutzanerkennung bekommen, wenn sie Straftaten aus menschenverachtenden Beweggründen begangen haben. Das BKA und die Bundespolizei statten wir mit weiteren Befugnissen aus, die Gefährder identifizieren können: Biometrische Daten aus einem Lichtbild lassen sich dann etwa automatisch mit Internetdaten (soziale Medien) abgleichen. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge soll künftig biometrische Daten nutzen, um die Identität von

Schutzsuchenden festzustellen. Solche Schutzsuchende, für die eigentlich ein anderer europäischer Staat zuständig ist (Stichwort Dublin-Regelung), sollen künftig keine Sozialleistungen mehr erhalten, wenn der zuständige Mitgliedsstaat zugestimmt hat, die Person zurückzunehmen.

Bei alledem ist der SPD besonders wichtig: Das Asylrecht ist ein Menschenrecht. Wer anderes fordert, verkennt den Anspruch unseres Grundgesetzes. Wer Schutz in Deutschland braucht, muss ihn bekommen. Wir müssen aber wissen, wer zu uns kommt und dafür sorgen, dass Extremisten und Terroristen den Schutz nicht für ihre Taten missbrauchen können.



Reformen in der Gesundheit

Einige wichtige Gesetze müssen noch umgesetzt werden.

In der verbleibenden Zeit bis zu den Wahlen stehen im Gesundheitsbereich zahlreiche Reformen und Gesetzesvorhaben an, die auf die Verbesserung und Absicherung der Versorgung abzielen. In der letzten Woche haben die Mitglieder der AG-Gesundheit die anstehenden Gesetze diskutiert. Zu den bedeutendsten Projekten gehören die Krankenhausreform, das Gesetz zur Stärkung der Versorgung (GVSG), die Apothekenreform, die Notfallreform, das Gesundes-Herz-Gesetz sowie die Schaffung einer Digitalen Gesundheitsagentur.

Krankenhausreform (KHVVG)

Mit dem KHVVG werden wir eine neue Krankenhausfinanzierung einführen, die durch eine teilweise Vorhaltevergütung den ökonomischen Druck auf die Häuser lindern soll. Das System soll den Fokus stärker auf Qualität legen. Durch die Einführung von Mindestqualitätsanforderungen für Leistungsgruppen werden wir die Qualität in der Versorgung stärken und die Spezialisierung der Häuser vorantreiben. Die Finanzierung der Reform steht jedoch im Fokus anhaltender Verhandlungen, insbesondere der 50 Milliarden schwere Transformationsfonds zur Finanzierung der Maßnahmen ist umstritten.

Gesetz zur Stärkung der Versorgung (GVSG)

Das GVSG richtet sich auf die Verbesserung der ambulanten Versorgung. Hierzu wird die Budgetierung der Honorare für Hausärzte aufgehoben und

eine Pauschale für die kontinuierliche Versorgung von Patientinnen und Patienten eingeführt. Außerdem wird der Zugang zu Hilfsmitteln erleichtert, und es sollen zusätzliche psychotherapeutische Versorgungsaufträge geschaffen werden. Eine wichtige Neuerung ist die separate Bedarfsplanung für Ärztinnen und Ärzte sowie Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten, die Kinder und Jugendliche behandeln.

Apothekenreform

Das Apothekenreformgesetz fokussiert sich auf die Sicherstellung der flächendeckenden Arzneimittelversorgung, insbesondere in ländlichen Regionen. Durch eine gerechtere Verteilung der Apothekenvergütung sollen Versorgungsstrukturen erhalten werden. Außerdem werden neue Aufgaben in der Prävention und Früherkennung für Apotheken festgelegt und die Tele-Pharmazie gestärkt.

Notfallreform

Im Notfall-Bereich streben wir die Einführung von integrierten Notfallzentren an. Die Vernetzung von Akutleitstellen der Kassenärztlichen Vereinigungen mit den Rettungsleitstellen soll Koordination im Notfall verbessern und mehr Effizienz gewährleisten.

Gesundes-Herz-Gesetz

Dieses Gesetz erweitert die Früherkennungsprogramme rund um das Thema Herz-Kreislauf-Erkrankungen. Es sieht zudem Anpassungen bei den Check-up-Untersuchungen für Er-

wachsene und die erweiterte Verordnungsfähigkeit von Statinen und Maßnahmen zur Tabakentwöhnung vor.

Digitale Gesundheitsagentur

Eine zentrale Reform stellt die Weiterentwicklung der gematik zur Digitalen Gesundheitsagentur dar. Sie soll die Bedürfnisse der Nutzer besser berücksichtigen und IT-Standards im Gesundheitswesen festlegen. Ziel ist es, digitale Angebote, wie die elektronische Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung (eAU) und die elektronische Patientenakte (ePA), weiter auszubauen und die Digitalisierung im Gesundheitswesen voranzutreiben.

Weitere Gesetzesvorhaben und Bürokratieabbau

Zahlreiche weitere Vorhaben sind in Planung, darunter die Reform der medizinischen Register, um Daten für die Forschung besser nutzbar zu machen. Im Bereich des Bürokratieabbaus sind Maßnahmen wie die Lockerung der AU-Bescheinigungspflicht und die Abschaffung der Krankenhausabrechnungsprüfung in der stationären Kinder- und Jugendmedizin geplant.

Zusammenfassend ist klar, dass die noch ausstehenden gesundheitspolitischen Vorhaben der Wahlperiode unbedingt verabschiedet werden müssen, um die Versorgung zu verbessern und die Digitalisierung voranzutreiben. Angesichts der offenen Fragen zur Finanzierung und der Komplexität der Reformen stehen uns jedoch noch harte Verhandlungen bevor.



Gabriela Heinrich | Wahlkreis Nürnberg Nord

✉ gabriela.heinrich@bundestag.de

☎ 030 - 227 758 44

🌐 www.gabriela-heinrich.de

📘 facebook.com/heinrichgabriela

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Schutz, Abschreckung, Dialog und Rüstungskontrolle

Willy Brandt und Helmut Schmidt wirkten maßgeblich daran mit, dass in Europa lange Zeit galt: Grenzen dürfen nicht mit Gewalt verschoben werden. Russland hat sich von diesem Grundsatz verabschiedet – und nicht nur davon. Wir müssen auf neue Bedrohungen reagieren.

Seit Jahren rüstet die Russische Föderation massiv auf. Präsident Putin hat hinsichtlich Raketen und Marschflugkörpern Abrüstungsverträge wie den INF-Vertrag gebrochen. 530 Kilometer Luftlinie von Berlin – in Kalininograd – sind jetzt Raketen stationiert. Darauf nicht zu reagieren, wäre fahrlässig. In der SPD-Bundestagsfraktion ist jetzt eine Debatte gestartet, die auf dem folgenden „Dreiklang“ basiert:

Luftverteidigung

Wie lebenswichtig eine starke Flug- und Raketenabwehr sein kann, lässt sich auf dramatische Weise an der Front und in den Städten der Ukraine beobachten. Wir bauen mit der „European Sky Shield Initiative“ eine starke Luftverteidigung in Europa auf. Olaf Scholz hat diese Zusammenarbeit 2022 in Prag vorgeschlagen. Mit dabei sind jetzt 21 Länder. Das ist ein sichtbarer Beitrag zur Stärkung der europäischen Säule der Nato.

Abschreckung

In unserer Nationalen Sicherheitsstrategie haben wir 2023 festgelegt: Angesichts der Bedrohung durch Russland

brauchen wir in Europa abstandsfähige Präzisionswaffen, damit wir auf diesem strategisch wichtigen Feld keine gefährliche Lücke mehr gegenüber Russland haben. Bis Systeme bereitstehen, die wir hier in Europa entwickeln, werden wir auf amerikanische Raketen zurückgreifen müssen. Ab 2026 sollen sie in Deutschland stationiert werden. Darüber muss man sich nicht freuen! Es geht dabei einzig und allein darum, mögliche Angreifer abzuschrecken. Leider braucht es diese Abschreckung wieder zur Friedenssicherung.

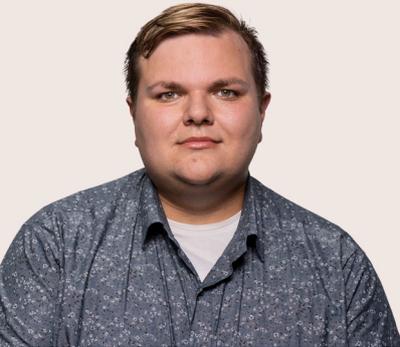
Rüstungskontrolle und Dialog

Eine Stationierung von Waffen muss mit einem ernstgemeinten Rüstungskontrollangebot an Russland einhergehen. Unser Grundgedanke ist die

Komplementarität von Abschreckung und Rüstungskontrolle. Die Logik, dass zum Beispiel Abkommen wie der INF-Vertrag einen gefährlichen Rüstungswettlauf verhindern, gilt ja mehr denn je. Rüstungskontrollgespräche können einen Teil des Dialogs mit Russland darstellen.

Der Kanzler hat vorgeschlagen, bei einer weiteren Friedenskonferenz auch Russland einzuladen. Auch Präsident Selenskyj war dieser Meinung. Und Verhandlungen bedeuten ja nicht automatisch, dass der Ukraine ein Schein- und Diktatfrieden aufgezwungen wird. Aber fest steht: Einen nachhaltigen Frieden in der Ukraine – und perspektivisch Sicherheit für Georgien und Moldau – kann es nur mit Verhandlungen geben.





Ländlicher Raum: Potenziale nutzen, Zukunft gestalten

Ländliche Regionen in Deutschland bieten enormes Potenzial, stehen aber auch vor großen Herausforderungen. Die SPD-Bundestagsfraktion sieht in der Modernisierung, der Sicherung von Gemeinschaft und einer nachhaltigen Landwirtschaft zentrale Handlungsfelder, um diesen Regionen eine starke Zukunft zu ermöglichen.

In einem Positionspapier fordern die Abgeordneten der SPD unter anderem, die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse als staatlichen Auftrag im Grundgesetz zu verankern. Konkret möchte die SPD-Bundestagsfraktion mit Vorhaben in verschiedenen Politikbereichen tätig werden.

Gleichwertige Lebensverhältnisse und Modernisierung

Besonders strukturschwache Regionen profitieren von Investitionen in Infrastruktur und Wirtschaft. Der Ausbau von schnellem Internet, Mobilität und moderner Verwaltung sind entscheidend, um den ländlichen Raum attraktiver für Unternehmen und Arbeitskräfte zu gestalten. Ziel ist es, die wirtschaftliche und soziale Basis durch gezielte Maßnahmen zu stärken.

Nachhaltigkeit und regionale Landwirtschaft

Nachhaltigkeit ist ein zentraler Pfeiler der ländlichen Entwicklung. Die SPD-Fraktion fordert eine agrarökologische Perspektive und die Förderung

regionaler Wertschöpfungsketten. Der Ausbau erneuerbarer Energien und der Erhalt der biologischen Vielfalt sind ebenfalls Schwerpunkte. Regionale Lebensmittelproduktion und Tierwohl sollen gefördert und mit wirtschaftlichen Anreizen verknüpft werden.

Mobilität und Gesundheitsversorgung

Eine nachhaltige Mobilität für alle ist für die SPD ein wichtiger Baustein der Daseinsvorsorge. Der ländliche Raum soll durch bessere Taktungen im öffentlichen Nahverkehr und innovative Angebote wie Carsharing oder On-Demand-Dienste besser angebunden werden. Auch die Ladeinfrastruktur für Elektrofahrzeuge und Wasserstoff-tanks soll ausgebaut werden.

Ebenso wird eine dezentrale, bürger-nahe Gesundheitsversorgung angestrebt. Besonders die fachärztliche Versorgung und die Pflege sollen durch digitale Lösungen, Telemedizin und moderne Versorgungszentren sichergestellt werden.

Gemeinschaft und Teilhabe

Die SPD-Bundestagsfraktion legt großen Wert auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt in ländlichen Gebieten. Vereine und ehrenamtliches Engagement sind besonders wichtig, werden jedoch durch Überalterung und Mitgliederschwund bedroht. Bü-

rokratische Hürden sollen abgebaut und Ehrenamtliche durch Reformen entlastet werden. Demokratische Teilhabe soll durch digitale Plattformen und Bürgerforen gefördert werden, um auch strukturschwachen Regionen eine Stimme zu geben.

Kultur und Bildung

Ein vielfältiges Kultur- und Sportangebot trägt zur Lebensqualität in ländlichen Räumen bei. Die SPD fordert eine verstärkte Förderung von Kulturprojekten, lokalen Sportstätten und Bildungsinitiativen. Auch Mundartförderung und die Einbindung der lokalen Natur in Bildungsprogramme sollen Teil dieser Strategie sein.

Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen

Die SPD setzt sich für die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen ein, die das Rückgrat der regionalen Wirtschaft darstellen. Neben der Unterstützung von Gründungen und Innovationen liegt ein Schwerpunkt auf der Stärkung des stationären Einzelhandels und des Handwerks.

Mit diesem ganzheitlichen Ansatz sollen die ländlichen Räume in Deutschland nachhaltig gestärkt werden, um allen Bürger*innen ein gutes Leben zu ermöglichen.

[Das gesamte Positionspapier gibt es hier zum Nachlesen.](#)



Carsten Träger | Wahlkreis Fürth

✉ carsten.traeger@bundestag.de

☎ 030 - 227 778 01

🌐 www.carsten-traeger.de

📘 facebook.com/carstentraegermdb

SPD

Zeit für mehr
Gerechtigkeit.

Wanderausstellung des Bundestages in Ansbach

Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestags gastiert bundesweit auf Initiative von Abgeordneten oder der Fraktionen in den Wahlkreisen und informiert über das Parlament, die Abgeordneten und Möglichkeiten der Teilhabe. Vom 16. bis zum 20. September ist sie auf meine Einladung im Theresien-Gymnasium Ansbach zu sehen.

Unsere Demokratie ist stark und sie muss stark bleiben. Deshalb müssen wir darauf achten, dass sie nicht in zwei Welten zerfällt: Mit all denen, die ehrenamtlich oder hauptberuflich an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt sind, angefangen von den Gemeinde und Stadträten bis hin in den Parlamenten und Regierungen auf der einen Seite – und den Bürgerinnen und Bürgern, den Wählerinnen und Wählern auf der anderen Seite. Politische Entscheidungsprozesse sind in den vergangenen Jahren immer komplexer geworden und leider damit immer schwerer nachzuvollziehen und zu verstehen. Die Demokratie aber kann nur funktionieren, wenn sich alle mit ihr identifizieren können, sich als ihr integraler Teil begreifen und fühlen.

Dazu möchte auch die Wanderausstellung des Deutschen Bundestags beitragen. Anliegen der digitalisierten und multimedialen Ausstellung ist es, die Öffentlichkeit über das Parlament und seine Mitglieder zu informieren. Sie wurde 2023 grundlegend überarbeitet und modernisiert. Das eigene Smartphone wird zum Multi-Media-Guide und ermöglicht nicht nur eine vertiefte Auseinandersetzung mit allen Themen – auch später von zuhause aus –, sondern über eine Augmented-Reality-Anwendung sogar den virtuellen Besuch des Plenarsaales. Man kann sein politisches Wissen testen



Bei der Eröffnung der Wanderausstellung waren neben Schulleiter Ralph Frisch und der Stellvertreterin des Oberbürgermeisters Kathrin Pollack auch alle 11. Klassen des Theresien-Gymnasiums dabei.

und dabei kleine Preise gewinnen, es sind durchgehend Ansprechpartner vor Ort. Die Ausstellung ist ein Ausdruck des Selbstverständnisses des Parlaments als Teil der Gesellschaft, als Ansprechpartner der Menschen im ganzen Land. In einem Themenblock geht es auch ganz besonders darum, wie alle Bürgerinnen und Bürger teilhaben und sich einbringen können in die Arbeit des Parlaments.

Ich bin sehr dankbar, dass das Theresien-Gymnasium bereit war, der Ausstellung in dieser Woche Raum zu geben. Denn ich halte es für besonders wichtig, dass auch junge Menschen das Gefühl haben, voll und ganz Teil unserer Demokratie zu sein. Die Trendstudie „Jugend in Deutschland 2024“ hat gezeigt: Auch

die heutige junge Generation blickt weit über den Tag hinaus, hat ein großes Interesse an den großen politischen Fragen unserer Zeit. Sie hat auch gezeigt, dass junge Menschen immer weniger den Eindruck haben, tatsächlich etwas verändern zu können, und unsicher sind, wie das gehen kann.

Das ist nicht gut; und das bedeutet, hier gibt es für uns als „Politik“ etwas zu tun. Die Wanderausstellung des Deutschen Bundestags möchte einen Beitrag leisten, diese Lücke zu schließen, und ich hoffe, dass das auch diese Woche in Ansbach gelingt. Denn unsere Demokratie lebt davon, dass wir alle sie tragen, und für eine gute Zukunft brauchen wir auch die Generationen der Zukunft an Bord.